



Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt e. V.
39128 Magdeburg • Lorenzweg 56

Tel.: 0391/50 95 95 0
Fax: 0391/50 95 95 11
e-mail: gesamtvb@gtzh.de
Internet: www.gv-handwerk.de
Volksbank Magdeburg
BIC GENODEF1MD1
IBAN DE 54 8109 3274 0000 0117 46
Steuer-Nr. 102/140/03509

**Aufforderung zum Dialog
Einrichtung eines Runden Tisches**

Magdeburg, 06.10.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes Handwerk Sachsen-Anhalt e.V., der Spitzenverband der handwerklich geprägten Arbeitgeberverbände in Sachsen-Anhalt, stellt fest, dass in der gegenwärtigen Energie- und Ukraine Krise die Dialogbereitschaft innerhalb der Gesellschaft stark abnimmt.

Bürger und Politik unseres Bundeslandes streiten über die Auswirkungen und wirtschaftlichen Folgen des von Russland entfachten Krieges.

Um einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken, halten es die Führungsgremien der Handwerksverbände für dringend notwendig, in einen breiten Dialog zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Politik einzutreten.

Der Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt regt aus diesem Grund an, einen „Runden Tisch“ zu etablieren. Runde Tische haben bereits in der Vergangenheit bewiesen, deeskalierend zu wirken und Vertrauen zu schaffen. Erscheinungen, wie der von vielen Seiten herbeigeredete „Heißer Herbst“ sollten dadurch vermieden werden.

Dieses Gesprächsangebot richtet sich natürlich in erster Linie an die Vertreter der Landespolitik. Aber auch der Sachverstand und die Ideen aus dem Bereich der Kommunen ist willkommen. Es geht um nichts Geringeres, als um das Überleben vieler Unternehmen und den damit verbundenen Schicksalen der Arbeitnehmer.

Aus Sicht des Gesamtverbandes Handwerk Sachsen-Anhalt sollten zunächst folgende Positionen auf die Tagesordnung gehoben werden:

(Positionspapier, Stand: 23.09.2022)

1. Die Beschaffung und Bereitstellung von Energie gehört zur Daseinsvorsorge. Es darf daher keine Umlagefinanzierung zur Rettung angeschlagener Unternehmen geben.
2. Es bedarf eines entschlossenen Vorgehens der Politik für die kommenden Monate und Jahre und darauf aufbauende verbindliche Entscheidungen für Investitionen. Ganz oben auf der Liste der Ziele muss die Versorgungssicherheit stehen, ohne deren Bezahlbarkeit zu vernachlässigen.
3. Um Energiesicherheit und die Versorgung mit Rohstoffen zu gewährleisten, müssen alle in Frage kommenden Energieträger geprüft werden! Es darf keine durch Parteiprogramme vorgegebenen Tabus geben.
4. Egal ob Betriebsinhaber, Handwerksmeister, Geselle, Azubi oder Kunde: Alle sind von den hohen Energiepreisen betroffen. Daher muss es staatliche Hilfen für die energieintensiven Betriebe des Handwerks geben. Gleichzeitig müssen die Bürger fair und langfristig entlastet werden. Denn Energie muss bezahlbar bleiben!
5. Nur im Dialog lässt sich diese Energiekrise meistern, bei dem Lösungen gemeinsam erarbeitet werden! So wird Verständnis für und Vertrauen in politische Entscheidungen geschaffen.
6. Politische Ziele müssen realistisch, finanzier- und umsetzbar sein! Ohne den Willen aller Beteiligten, die Umsetzung solcher Ziele kurzfristig zu überdenken und den Zeithorizont anzupassen, lassen sich aktuelle und zukünftige Krisen nicht meistern.
7. Die Preisbildung auf dem Strommarkt muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Strom, der in mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken erzeugt wird, darf nicht alleinig zur Preisbildung herangezogen werden.
8. Um den Ausbau erneuerbarer Energieträger bei der Stromgewinnung zu bevorzugen, sind neue, verlässliche und zielgerichtete Förderelemente notwendig — ohne dass hier wiederum die Endverbraucher umlagefinanziert belastet werden.

Mit freundlichen Grüßen


Hans-Jörg Schuster
Präsident